

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ



Wem gehört die Stadt?

Das Linzer Budget 2013 bringt eine Erhöhung der Gebühren im großen Stil und die Streichung von Sozialleistungen.

Alle Jahre wieder funkelt und glitzert es in den Wochen vor Weihnachten in der

Linzer Landstraße. 306.000 Euro lässt sich die Stadt Linz die Weihnachtsbeleuchtung kosten.

Ein großzügiges Geschenk an die Geschäfte der Linzer Landstraße, die sich zu Weihnachten ohnehin eine goldene Nase verdienen.

Generell ist man in Linz nicht knausrig, wenn es um die Förderung der Wirtschaft geht.

So freut sich auch der Linzer City Ring, die Vereinigung der Landstraßen-Geschäfte, über 193.000 Euro für die Finanzierung seiner Werbeaktivitäten.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin

Halbzeit im Linzer Gemeinderat

Seit 2009 ist die KPÖ wieder im Linzer Gemeinderat vertreten. Drei arbeitsreiche Jahre liegen hinter uns.

Die KPÖ hat den Gemeinderat gehörig in Atem gehalten: Etwa durch den Widerstand gegen die Stadtwache und die Initiative für die Freifahrt auf allen Öffis.

Widerspruch notwendig

Wie wichtig der Ausbau der kommunalen Demokratie als Garant der

Kontrolle ist, zeigt sich am Swap-Desaster.

Und mitunter bekommen wir sogar Recht: Unsere Kritik an der unterirdischen Straßenbahnführung der Linie 4 wurde bestätigt. Wir bleiben unserem Wahlversprechen treu: „Wir versprechen nichts als Widerspruch und lästige Fragen“.

Braucht Österreich überhaupt ein Bundesheer?

Am 20. Jänner 2013 lässt die Regierung das Volk befragen: Wehrpflicht oder Berufsarmee lauten die Möglichkeiten. Aber sind das wirklich alle Möglichkeiten?



Johannes Staudinger Angestellter

Die Fragestellung ist irreführend, weil die Frage ob wir überhaupt ein Bundesheer brauchen fehlt. Es bleibt nur die Wahl zwischen Pest oder Cholera. Diese Volksbefragung stellt sich als Spielball von SPÖ und ÖVP dar.



Gabriele Beck Angestellte

Die Alternative zur Wehrpflicht kann nur die Auflösung des Bundesheeres und das Ende der Ausbeutung billiger Zivildienstler sein. Den Katastrophenschutz können technische Hilfsdienste genauso gut übernehmen. Da bleibt Geld übrig, das sollte man zum Sozialbereich umverteilen.



Thomas Starmayr Angestellter

Das Eisen ist zu heiß, jetzt soll das Volk entscheiden. Ich sehe die Volksbefragung als Bürgertest ohne eine wirkliche Auswahl: Wählen Sie zwischen Männern mit Waffen und Männern mit Waffen! Wäre es nicht wichtiger sich Gedanken zu machen, woher all die Waffen kommen und wer sich an den Morden bereichert?

Zwei Promille vom Budget sind nicht genug!

Es geht um einen lächerlichen Anteil am Budget.

Die Stadt tätigt verbohrt eine falsche Investition nach der anderen: Stadtwache, Stadion-Umbau, Spekulationen auf Schweizer Franken etc. Sie hält es aber nicht für notwendig, kreativ arbeitende Menschen zu fördern und ihre oft mehr als bedrohlichen Lebensumstände zu erleichtern.

Die Freie Szene fordert eine Verdoppelung der bisherigen Förderung von lachhaften zwei Promille des

Stadtbudgets. No, na, ned. Sollten und müssten sich die Forderungen doch eigentlich im Prozentbereich bewegen.

Kurz und schmerzvoll

Von Finanzstadtrat Mayr erfuhrt man daraufhin kurz und schmerzvoll, dass man wenigstens nicht kürzen werde. Und Vizebürgermeister Watzl sieht die Forderung im sozialen Bereich angesiedelt. So verbaut man sich selber die Zukunft und wundert sich, warum Kultur- und Kunstpotenzial abwandert.



Harald „Huckey“ Renner
Musiker (Texta)

Stadtwache statt Gratisessen

Eine Million Euro bringt das Ende des Gratisessens in den städtischen Kindergärten. Genausoviel kostet die Stadtwache.



Bedenkliche Schieflagen

Die Schieflagen des Linzer Budgets 2013 kommen an Hand der Einsparung beim Gratisessen im Vergleich mit den Ausgaben für die Stadtwache besonders krass zum Ausdruck. Der Linzer Sozialreferent Luger war einmal ein glühender Verfechter des kostenlosen Essens in den Kindergärten.

Er knickte jedoch vor der Forderung der FPÖ nach Streichung des Gratisessens ein. FPÖ-Stadtrat Wimmer kann hingegen seine Ordnungstruppe namens Stadtwache ungerupft ins neue Jahr retten. Für die KPÖ liegt hier die Sache klar auf der Hand. Durch die Abschaffung der unnötigen Stadtwache könnte das Gratisessen in den Kindergärten gerettet werden.

Museen werden teurer

Auch Kultur und Sport haben es nicht leicht im

neuen Jahr. Die Eintrittspreise für Stadtmuseum und Lentos werden kräftig angehoben. Die Turnhallen an städtischen Schulen stehen in Zukunft nur mehr gegen Gebühr zur Verfügung. Und der Forderung der Freien Szene nach einer Erhöhung ihrer recht knapp bemessenen Kulturförderungen wurde auch nicht entsprochen. Eine Umschichtung der halben Million Euro für Weihnachtsbeleuchtung und Cityring hin zur Förderung der Freien Szene wäre hier ein Zeichen in die richtige Richtung.

Jetzt unterstützen!

Online-Petition „Bundesheer abschaffen! Die Volksbefragung um eine Fragestellung erweitern.“

<http://kpoe.at/BundesheerAbschaffen>

Parkgebühren für Öffis?

Ein anderes Kapitel ist die Erhöhung der Gebühren in den städtischen Kurzparkzonen. Die KPÖ tritt für die Förderung des öffentlichen Verkehrs etwa durch die Freifahrt auf Öffis und die Zurückdrängung des Autoverkehrs ein.

Öffentlicher Raum ist in der Stadt ein knappes Gut und sollte in erster Linie der Bevölkerung als Erholungsraum dienen und nicht als Parkfläche verschwendet werden. Es ist daher durchaus gerecht, dass die Stadt angemessene Parkgebühren einfordert.

Die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung müssen aber auch zur Förderung des öffentlichen Verkehrs verwendet werden.

Wenn das nicht gemacht wird, dann ist diese Gebührenerhöhung eine reine Abzockerei zum Stopfen von Budgetlöchern.

Spitze Splitter aus dem Gemeinderat

Steuergeld für „Krone“-Fest

78.000 Euro Steuergeld kassierte die „Kronenzeitung“ für ihr Stadtfest 2012. Sehr zum Unwillen von Bürgermeister Dobusch sagt die KPÖ dazu nein. Sie kritisiert, dass die „Krone“ laufend Subventionen als Geldverschwendung anprangert. „Krone“-Eigentümer ist die Familie Dichand. Sie gehört mit 720 Millionen Euro Vermögen zu den hundert Reichsten in Österreich.

Stadt als Wirtshaus-Käuferin

Sieben „Traditionsgasthäuser“ (Fischerhäusl, Pöstlingbergschlössl, Oberwirt, Herberstein, Schwarzer Anker, Salzamt, Urbanides) hat die Stadt seit 1985 gekauft und zur Weiterführung verpachtet. Das gab Finanzstadtrat Mayr zu einer KPÖ-Anfrage bekannt. Das Urbanides steht zwei Jahre nach dem Ankauf freilich noch immer leer.

Teure Inserate

2011 gab die Stadt Linz 195.000 Euro für Inserate in Zeitungen und Zeitschriften aus. Weitere 76.000 Euro für Werbung in TV, Radio und Internet. Mit diesen enormen Zahlen beantwortete Bürgermeister Dobusch eine KPÖ-Anfrage.

Volksabstimmung abgelehnt

Am Nein von SPÖ und ÖVP scheiterte bei der Gemeinderatssitzung im Mai der Antrag von KPÖ-Gemeinderätin Grönn für eine Volksabstimmung über den EU-Fiskalpakt. Kanzler Faymanns großspurige Ansage von 2008, das Volk zu wichtigen EU-Themen zu befragen, ist längst vergessen.

Freifahrt auf Linz Linien wird untersucht

Die Linzer KPÖ erzielte bei der Gemeinderatssitzung im September einen Erfolg. Eine Resolution an die Linz Linien wurde einstimmig angenommen.

Der Gemeinderat fordert die Linz Linien auf, Kosten und Nutzen einer kostenlosen Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel in Linz zu erheben.

Die KPÖ verspricht sich durch eine Erhebung ein genaueres Bild zu bekommen, wie viel die Freifahrt der Allgemeinheit kostet und in welchem Ausmaß mit Fahrgastzuwächsen zu rechnen ist.

Gratis-Öffis finanzierbar

Gemeinderätin Gerlinde Grün: „Die bisher veröffentlichten Zahlen über die Freifahrt sind zu ungenau. Die Einsparungen durch den Wegfall von Fahrscheinautomaten und Kontrollen etc. wurden bis jetzt nicht berücksichtigt. Vor allem braucht es aber eine solide Finanzierung durch die Politik. Die Freifahrt ist machbar, wenn man sie will.“



BAWAG will über 400 Millionen Euro Steuergelder abzocken

2004 beschlossen SPÖ, FPÖ und Grüne die Kompetenz für das Schuldenmanagement an die Finanzverwaltung zu übertragen. Damit hat sich der Gemeinderat selbst entmündigt.

Dann wurde 2007 zur Zinsabsicherung für eine Fremdwährungsanleihe auf Empfehlung der BAWAG ein Wettgeschäft auf den Kurs des Schweizer Frankens abgeschlossen. Ein Alleingang des Finanzdirektors, von dem angeblich weder Finanzstadtrat Mayr noch Bürgermeister Dobusch etwas wussten.

Zunächst lief dieses Geschäft gut für die Stadt und wurde auch im Finanzaus-

schluss nicht hinterfragt. Die Finanzkrise brachte das trügerische Vorhaben zum Einsturz. Als die Zahlungen der Stadt ins Astronomische zu steigen begannen, musste die Notbremse gezogen werden.

Swap gekündigt, BAWAG geklagt

Gutachten sagen klipp und klar, dass die Stadt von der Bank nicht über die wirk-

lichen Risiken aufgeklärt wurde. Die Karten vor Gericht sind also durchaus gut, um dieser Abzockerei ein Ende zu bereiten. Auf Drängen des Gerichts wurde eine Mediation beschlossen. Bei einem Vergleich würde die Stadt aber sicher schlecht aussteigen. Das lehnt die KPÖ ab. Ebenso, dass die Kompetenz nicht dem gewählten Gemeinderat, sondern dem Stadtsenat rückübertragen wurde.

Aktuell, Nummer 05, November 2012

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, E-Mail: ooe@kpoe.at, Web: <http://ooe.kpoe.at>, Konto Oberbank 480 2195 00, BLZ 15000; Druck: digitaldruck.at, Leobersdorf; Foto: Archiv, Stadt Linz



Antwortkarte (oder E-Mail an: ooe@kpoe.at)

Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infomaterial:

(Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und in den nächsten Postkasten werfen.)

Kommunalprogramm Doku Henriette Haill Folder Bundesheer

Probeexemplar

„Café KPÖ“ „Volksstimme“ „Die Arbeit“

Kampagne „Freifahrt für alle!“

Flyer Aufkleber Button Broschüre Plakat A3

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Bitte
ausreichend
frankieren!

An die
KPÖ-Linz
Melicharstraße 8
4020 Linz